



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Angelika Wackler

Tel. 08122/58-1144
angelika.wackler@lra-
ed.de

Erding, 04.03.2021
Az.:
2020-2026/KA/03

3. Sitzung des Kreisausschusses am 30.11.2020

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauer, Thomas, Dr.
Dieckmann, Ulla
Els, Georg
Geiger, Florian
Gneißl, Thomas
Grundner, Heinz
Kellermann, Wolfgang
Krzizok, Janine
Reiter, Wolfgang
Schwimmer, Jakob
Stieglmeier, Helga
Wiesmaier, Johann

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin, Landrat

von der Verwaltung:

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia
Huber, Matthias
Kaltenbach, Christine
Mader, Christian

Pressesprecherin
Landkreisaufgaben, TOP 1
Soziales, TOP 2
Kommunales, Sicherheit u. Ordnung,
TOP 5, 7

Neueder, Katrin
Sahlender, Annabell

Thaler, Elisabeth
Wackler, Angelika

Kreisentwicklung, TOP 1
Büro Landrat, Assistenz
Vorsitz
Kämmerin, TOP 5
Büro Landrat, Protokoll



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Frau van der Heijden, Geschäftsführerin, Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband Erding, TOP 1

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

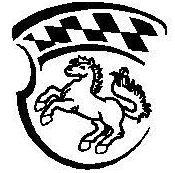
Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

Gedenkminute

1. Antrag der Kreisrätin Sabine Berger CSU-Kreistagsfraktion "Regional ist optimal" - Vorlage: 2020/0209

Antrag Regional ist optimal - 1. Abstimmung - Antrag KR Reiter
Antrag Regional ist optimal - 2. Abstimmung - Antrag KR Geiger
Antrag Regional ist optimal - 3. Abstimmung - Beschlussvorschlag
2. BRK- Anträge für das Haushaltsjahr 2021 Frauenhaus, Interventionsstelle und Second Stage - Vorlage: 2020/0195
3. Rechnungsprüfungsausschuss - Bestellung Stellvertreter des Vorsitzenden - Vorlage: 2020/0077
4. Fischer´s Wohltätigkeitsstiftung; Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates – Vorberatung - Vorlage: 2020/0196
5. Überplanmäßige Ausgaben 2020 für die Erstattung von Wahlkosten an die Gemeinden - Vorlage: 2020/0212
6. Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

7. Bekanntgaben und Anfragen
- 7.1. Verwaltung - Zum Antrag von KR Els (Freie Wähler) - Ermittlung finanz. Auswirkungen durch die Coronakrise im Haushalt
- 7.2. Verwaltung - Zur Anfrage von KR Glaubitz (Bündnis 90/Die Grünen) zum Schulalltag, Ausstattung in Corona-Zeiten
- 7.3. Verwaltung - Information der Öffentlichkeit während der Corona Pandemie
- 7.4. Verwaltung - Zur Anfrage von KRin Feckl - WLAN in Flüchtlingsunterkünften
- 7.5. Anfrage KRin Dieckmann - Corona-Pandemie, COVID-Test und Impfzentrum

Gedenkminute

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, sich zum Gedenken an die folgenden Verstorbenen zu erheben:

- Herr Manfred Becker, Ehrenringträger, langjähriger Kreisrat
- Herr Erich Heuschneider, Kulturpreisträger
- Herr Benno Meindl, Kulturpreisträger

1. Antrag der Kreisrätin Sabine Berger CSU-Kreistagsfraktion "Regional ist optimal" - Vorlage: 2020/0209

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag von Kreisrätin Sabine Berger, CSU Kreistagsfraktion, der auch dem Vorlagebericht beigelegt wurde. Anschließend erläutert **Frau Neueder** (*Kreisentwicklung*) den Vorlagebericht.

Kreisrat Geiger erklärt, dass seine Fraktion den Antrag von KRin Berger, der CSU-Kreistagsfraktion, unterstütze. Er findet jedoch, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung hinter dem Antrag und den Empfehlungen der Bayerischen Staatsregierung bleiben würde. Er verweist auf die Presseerklärung des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forstern: *Mehr regionale und bioregionale Produkte in den Kantinen - Kaniber stellt neuen Vergabe-Wegweiser vor (17. Mai 2019)* und liest vor:

„Bundesweit erstmalig gibt der Wegweiser umfassende Formulierungshilfen, wie Regionalität und der Einsatz von Gütezeichen wie „Geprüfte Qualität“ und „Bio-Siegel“ des Freistaats Bayern berücksichtigt werden können. „Damit haben wir einen ersten wichtigen Schritt zum Ziel des Volksbegehrens gemacht: die 50-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Prozent-Quote von regionalen oder Bio-Lebensmitteln in staatlichen Kantinen“, sagte Ernährungsministerin Kaniber. Rund 1,7 Millionen Essen in der Gemeinschaftsverpflegung in Bayern hätten großen Einfluss auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit, Biodiversität und Tierwohl. „Was auf unseren Tellern landet, entscheidet über Umwelt und Klima, über die Landwirtschaft, die Tierhaltung und unsere Heimat“, sagte Kaniber.“

Kreisrat Geiger teilt mit, dass im Wegweiser „Vergabe von Verpflegungsleistungen, Qualitätsstandards verankern“ sich unter ökologische/biologische Produkte der Hinweise befände, dass die bayrische „Leitlinie für die Gemeinschaftsverpflegungen“ einen Mindestanteil von ökologischen und biologischen Produkten von nicht unter 10 bis 20 % empfehle. Im Sinne der Nachhaltigkeit und im Rahmen der Verfügbarkeit könne man den Prozentsatz auch höher ansetzen. Er merkt an, dass dort noch Beispiele für Formulierungen von Ausschreibungen genannt seien, die der Verwaltung vermutlich bereits vorliegen.

Kreisrat Geiger möchte deshalb den Antrag stellen, dass im Beschlussvorschlag bei Punkt 1 der erste Satz ergänzt werden soll um: „... und insgesamt mindestens 20 % aus ökologischer, biologischer Produktion stammen.“

Zudem möchte er noch wissen, ob bei der Formulierung im Beschlussvorschlag -*Nachbarlandkreise können einbezogen werden*- nur die unmittelbar angrenzenden Landkreise gemeint seien oder noch weitere. Sowie, ob dies nicht enger definiert werden sollte.

Dann fragt er noch, weshalb für das Klinikum nur eine Empfehlung ausgesprochen werde.

Der Vorsitzende findet, dass man dem Antrag schon entsprochen habe und berichtet noch, dass bei einer der letzten Ausschreibungen von den Anbietern negative Rückmeldungen zur konkreten Festlegung eines Bioanteils kamen. Zudem sei im Antrag keine Festlegung in Höhe von 20 % beantragt worden. Er findet, dass man auch berücksichtigen sollte, dass dies auch deutliche Auswirkungen auf die Preise habe. Von den Eltern werde immer gefordert, dass das Preisniveau nicht zu stark nach oben gehe.

Kreisrat Geiger merkt an, dass man damit nicht in bestehende Verträge eingreife, sondern dies erst bei zukünftigen Ausschreibungen greife. Zudem müsse man irgendwann mit der Wende anfangen und mit 20 %, habe man keinen so großen Schritt für die Betreiber.

Der Vorsitzende erklärt noch, dass es sich beim Krankenhaus nicht um eine, im klassischen Sinne, Außer-Haus-Verpflegung handle und dies deshalb nicht so einfach umzusetzen sei. Zudem liege die Zuständigkeit beim Krankenhausausschuss.

Kreisrat Reiter befürwortet diesen Antrag. Er berichtet kurz, dass er bereits in den Neunzigern als Kreisrat versucht hatte, eine regionale Versorgung in den eigenen Einrichtungen umzusetzen.

Er habe auch das Gefühl, dass die Beschlussvorlage hinter dem Antrag der CSU bleibe. Er möchte deshalb, dass bei zukünftigen Ausschreibungen ein Mindestbioanteil mit ausgegeben wird, dies jedoch auf den regionalen Bereich begrenzt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

KR Reiter stellt dann den Antrag, dass im Beschlussvorschlag bei Punkt 1 der erste Satz ergänzt wird um: „..., davon mindestens 40 % als Biolebensmittel.“

Kreisrat Els findet, dass sich der CSU-Antrag sehr stark an den Wegweiser, die Vergabeempfehlung des Staatsministeriums anlehne. Er fragt, ob es nicht möglich wäre bei künftigen Ausschreibungen zu sagen, dass der Wegweiser des Staatsministeriums heranzuziehen wäre und dieser Grundlage für die Ausschreibungen sei. Dann könne man, unter der Maßgabe der Gleichwertigkeit von Angeboten, dieses Angebot berücksichtigen, welches letztendlich die Regionalität bediene. Er fragt noch, wie lange die Ausschreibungszeiträume wären bzw. wann die nächste Ausschreibung anfalle.

Herr Huber (Liegenschaftsmanagement) antwortet, dass die Pachtverträge grundsätzlich unbefristet vergeben werden und die nächste Ausschreibung deshalb derzeit noch nicht abzusehen sei.

Der Vorsitzende überlegt, wie man den Vorschlag von KR Els einbringen könnte und schlägt vor, den ersten Punkt des Beschlussvorschlages folgendermaßen (um den unterstrichenen Teil) zu erweitern:
„Künftig soll bei Ausschreibungen im Bereich der Kantinen der landkreiseigenen Schulen eine Quote von in etwa der Hälfte bei regionalen Lebensmitteln, entsprechend den Empfehlungen des Landwirtschaftsministeriums festgeschrieben werden.“

Kreisrat Kellermann findet, dass der eingereichte CSU-Antrag ausreichend sei und nichts ergänzt werden muss.

Kreisrätin Dieckmann berichtet, dass bei den letzten Ausschreibungen die Thematik Regionalität immer wichtig gewesen wäre, dies somit kein neues Thema sei. Auch deswegen, könne sie den Antrag unterstützen. Was ihr noch „Kopfschmerzen“ bereite an der Thematik Bio, sei die Preisgestaltung. Sie berichtet, dass bei den Schulforen immer ein großes Thema der Eltern wäre, dass alle Kinder das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Mittagessen haben sollen. Sie findet deshalb, dass dieser Bereich entweder allgemein gehalten oder nach einer Recherche im Ausschuss nochmals behandelt werden sollte.

Der Vorsitzende gibt ihr Recht, dass meist im Bildungsausschuss konkret über die jeweiligen Ausschreibungen und den Zuschlag beraten werde. Hier habe man dann auch z. B. die Regionalität, Bioqualität bei der Vorstellung abgefragt. Heute wolle man für die Verwaltung sozusagen die Ausschreibungsrichtlinien bzw. eine generelle Regelung festlegen. Natürlich könnte man nun noch weitere Entscheidungskriterien grundsätzlich festlegen, er rege jedoch an, dem Bildungsausschuss diese Kriterien zur Entscheidung zu belassen, da dieser über die konkrete Preisgestaltung informiert werde und besser die Verhältnismäßigkeit berücksichtigen könne.

Kreisrat Wiesmaier merkt an, dass man regionale Produkte sowie, biologisch hochwertig produzierte Produkte möchte. Die Frage sei dabei, ob man im Landkreis für diese Art der Ausschreibung einen Anbieterpool habe und ob, wie von KRin Dieckmann angesprochen, auch die Thematik



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Preisgestaltung berücksichtigt werden kann. Er fügt hinzu, dass Bioprodukte, zu Recht, Mehrkosten verursachen würden bzw. mehr Einnahmen benötigen würden. Er glaubt, dass man in 2/3 Jahren anders diskutieren könne über Anbieter oder die preisliche Situation.

Er regt an, den Antrag wie gestellt anzunehmen, jedoch mit der Vorgabe einer Evaluation, mit Blick auch darauf, wie sich das Angebot in den Schulen entwickle und wie dies von den Eltern angenommen werde.

Kreisrat Geiger kommt auf vorhergehende Wortmeldungen zurück und glaubt, dass man mit einer Festschreibung von 20 % Bio niemanden: „verschrecken“ werde und auch der Markt Angebote dazu bringen würde. Er merkt noch an, dass man auch Spielraum bei der Pacht habe und es vermutlich auch andere Modelle gebe, z. B. eine Pacht, anteilig am Umsatz orientiert.

Herr Huber berichtet, dass die Thematik Bioquote bereits mit Kantinenpächtern diskutiert wurde und die Rückmeldung kam, dass man sie damit in ihrer wirtschaftlichen und unternehmerischen Freiheit einschränke. Ein Pächter teilte mit, dass er dann sogar kündigen würde. Den Pächtern sei Regionalität und auch Bioqualität wichtig, allerdings müsse dies dann auch von den Verbrauchern gekauft werden. Die Pächter hätten auch mitgeteilt, dass es etliche Eltern gebe, die auf die Preise schauen. Er fügt hinzu, dass die Verpflegung momentan auch sehr gut funktioniere und gut angenommen werde.

Kreisrat Dr. Bauer merkt an, dass der Preis bei diesen Ausschreibungen eine große Rolle spiele und man berücksichtigen sollte, dass manche sich einen höheren Preis nicht leisten könnten oder wollten. Er findet, dass bei den Ausschreibungen gewisse Kriterien vorgegeben werden könnten, aber dann auch geprüft werden sollte, wie dies preislich gegenüber dem bisherigen Preis umgesetzt werden könnten.

Kreisrätin Stieglmeier findet, dass man mit Freiwilligkeit oft nicht weit komme. Sie berichtet, dass sie lange im Elternbeirat gewesen sei und sie kenne auch die anderen Eltern, die immer wieder gefordert hätten, dass biologische Qualität in den Kantinen angeboten werden sollte. Zudem sei sie etwas erstaunt über die Preisdiskussion, da man bei vielen Diskussionen zu diesem Bereich immer befürwortet habe, dass Landwirte gut bezahlt werden bzw. einen angemessenen Preis erhalten sollten.

Kreisrätin Dieckmann merkt an, dass sie einer Bioquote zustimmen würde, wenn der erhöhte Preis nicht direkt an die Endverbraucher und damit an die Kinder bzw. deren Eltern weitergegeben werden würde.

Sie könne sich auch daran erinnern, dass man immer versucht habe, Anbieter vor Ort zu finden. Damit könne man auch sicherstellen, dass eher Produkte aus der Umgebung genutzt werden und eine Nähe zur Schulgemeinschaft besser umsetzbar wäre. Sie plädiert dafür, heute keinen einengenden Beschluss zu fassen, sondern man dies bei den Vergaben im Bildungsausschuss genauer mit den Anbietern diskutiere.



LANDKREIS
ERDING

Abschließend werden die folgenden Beschlussvorschläge zur Abstimmung gebracht:

Antrag Regional ist optimal - 1. Abstimmung – Antrag KR Reiter

Beschluss: KA/0037-26

Im Beschlussvorschlag soll bei Punkt 1 der erste Satz ergänzt werden um: ..., davon mindestens 40 % als Biolebensmittel.

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 3 Stimmen**

(Nein Stimmen: KR Wiesmaier, KR Schwimmer, KR Grundner, KRin Krzizok, KR Dr. Bauer, KR Els, KR Gneißl, KR W. Kellermann, KRin Dieckmann, LR Bayerstorfer)

Antrag Regional ist optimal - 2. Abstimmung - Antrag KR Geiger

Beschluss: KA/0038-26

Im Beschlussvorschlag soll bei Punkt 1 der erste Satz ergänzt werden um: ..., und insgesamt mindestens 20 % aus ökologischer, biologischer Produktion stammen.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 3 Stimmen**

(Nein Stimmen: KR Wiesmaier, KR Schwimmer, KR Grundner, KRin Krzizok, KR Dr. Bauer, KR Els, KR Gneißl, KR W. Kellermann, KRin Dieckmann, LR Bayerstorfer)

Antrag Regional ist optimal - 3. Abstimmung - Beschlussvorschlag

Beschluss: KA/0039-26

1. Künftig soll bei Ausschreibungen im Bereich der Kantinen der landkreiseigenen Schulen eine Quote von in etwa der Hälfte bei regionalen Lebensmitteln, entsprechend den Empfehlungen des Landwirtschaftsministeriums, festgeschrieben werden.
2. Regional bezieht sich hierbei nicht ausschließlich auf den Landkreis Erding. Auch die unmittelbar angrenzenden Nachbarlandkreise können mit einbezogen werden.
3. Für das Klinikum wird die Empfehlung ausgesprochen, für die Verpflegung der Patienten und Mitarbeiter weiter auf den Einsatz von regionalen Produkten zu setzen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. BRK- Anträge für das Haushaltsjahr 2021 Frauenhaus, Interventionsstelle und Second Stage - Vorlage: 2020/0195

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Thema Frau Kaltenbach (*Fachbereich Soziales*) und Frau van der Heijden (*Kreisgeschäftsführerin BRK, Kreisverband Erding*).

Frau Kaltenbach erläutert den ausführlichen Vorlagebericht.

Anschließend gibt **Frau van der Heijden**, anhand einer Präsentation (*siehe Anlage*), einen Jahresrückblick 2020 für das Frauenhaus Landkreis Erding.

Auf Nachfrage erläutert **Frau van der Heijden** noch:

- dass der BRK Kreisverband die maximale Fördersumme ausschöpfe und auch die gemäß Förderrichtlinie benötigten Mitarbeiter eingestellt habe.
- dass die Regierung Mittelfranken regelmäßig prüfe, welche Mitarbeiter, mit welcher Qualifikation angestellt seien. Zudem müsse man 2x im Jahr aktuelle Zahlen und Informationen abgeben.
- dass man aktuell über 2 Plätze im Bereich Second Stage verfüge.
- dass die Personalsuche nicht so schwierig wäre und vor kurzem erst wieder erfolgreich Vorstellungsgespräche geführt wurden.
- zur Interventionsstelle: im vergangenen Jahr 59 Anrufe angenommen und 34 persönliche Gespräche geführt wurden.

Kreisrat Wiesmaier findet, dass die Interventionsstelle aus seiner Sicht hervorragend sei und gegen eine Erhöhung von 3.000 € nichts zu sagen wäre. Second Stage sei: „für uns eine Herausforderung“. Er findet, dass dies eine gute Einrichtung für die Zeit bzw. den Übergang nach dem Frauenhaus wäre, aber für ihn auch das Signal nach außen entscheidend sei. Er berichtet, dass er das Pilotprojekt damals gefördert habe, man im Städte-/Gemeindetag aber auch immer darauf einwirke, nicht nur in einer Einstiegsförderung stehenzubleiben, sondern eine dauerhafte und nachhaltige Förderung zu erhalten. Wenn man zu früh Beschlüsse zur Unterstützung der Nachförderung fasse, habe der Verhandlungsführer seitens des Städte-/Gemeindetags schlechte Argumente eine Förderung durchzusetzen. Er erinnert noch kurz an die Kreisumlage und merkt an, dass im Übergang drei Frauen betreut wurden und dafür Kosten in Höhe von 58.000 € eingesetzt wurden.

Kreisrätin Dieckmann regt zum Bereich Öffentlichkeitsarbeit noch an, dass man vielleicht die kostenlosen, gemeindlichen Mitteilungsblätter nutzen könnte oder Plakataktionen durchgeführt werden könnten. Sie findet, dass in den nächsten Jahren auch noch mehr Prävention folgen muss, da es hier noch mehr Bereiche gebe wie z. B. die Bereiche Frauendiskriminierung und Sexismus.

Zudem findet sie eine Nachhaltigkeit äußerst wichtig, weshalb man das Projekt nun nicht stoppen, sondern weiterführen sollte.

Kreisrätin Stieglmeier berichtet von auswärtigen Meldungen der Krankenhäuser, dass Verletzungen bei häuslicher Gewalt wesentlich schlimmer geworden seien, da die nun herrschende, räumlich enge Situation zuhause die Eskalation begünstige. Daher würden auch viele Stellen davon ausgehen, dass es nach der Pandemie bzw. nach der Lockerung der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kontaktbeschränkungen, zu einem steilen Anstieg von betroffenen bzw. flüchtenden Frauen kommen wird. Auch deshalb, sollte man gerade jetzt das Projekt Second Stage nicht aufgeben.

Kreisrat Dr. Bauer merkt an, dass man mit der Arbeit, wie von Fr. v. d. Heijden dargestellt, eigentlich alle zufrieden seien. Er findet, dass man, auch mit Blick auf den Haushalt, diese zusätzliche freiwillige Leistung des Landkreises nicht einfach durchwinken sollte. Wenn der Zuschuss des Freistaates wegfallen sollte, was man nicht hoffe, sollte man dies nochmals automatisch beraten.

Der Vorsitzende resümiert gehörtes und merkt an, dass man den Freistaat Bayern somit nicht aus der Verantwortung lassen sollte, durch eine zu frühe Zusage der Finanzierung. Er schlägt vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu ergänzen um: „*unter der Vorgabe einer staatlichen Förderung weiterhin umzusetzen.*“

Kreisrat Wiesmaier fände es wichtig einen Haushaltstitel zur grundsätzlichen Situation zu haben, der die im Vorlagebericht aufgeführten kommunalen Mittel in Höhe von 10.500 € berücksichtige. Damit habe man sozusagen den Antrag bekräftigt bzw. das Signal zur Weiterführung gegeben. Sollte nun die staatliche Förderung wegfallen, müsse die Thematik im Gremium nochmals beraten werden.

Der Vorsitzende merkt an, dass man damit keine neue Beschlussfassung benötige, wenn der Freistaat die staatliche Förderung weiterhin gewährt. Sollten sich jedoch Änderungen ergeben, werde man darüber beraten. Abschließend verliest er den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss: KA/0040-26

Dem Kreistag wird empfohlen, folgende Beschlüsse zu fassen:

Die Unterstützung des Bayerischen Roten Kreuzes- Kreisverband Erding als Betreiber der **Interventionsstelle** wird 2021 von 30.000 € auf 33.000 € angehoben.

Das Bayerische Rote Kreuz- Kreisverband Erding wird beauftragt, das Projekt **Second Stage** unter der Vorgabe einer staatlichen Förderung weiterhin umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Rechnungsprüfungsausschuss - Bestellung Stellvertreter des Vorsitzenden - Vorlage: 2020/0077

Der Vorsitzende verweist auf den Vorlagebericht und ergänzt, dass heute nur eine kurze Vorberatung bzw. Information vorgesehen sei, entschieden werde über die Bestellung im nächsten Kreistag.

Kreisrat Els schlägt für die Fraktion der Freien Wähler Herrn Christian Büchlmann als Stellvertreter des RPA-Vorsitzenden vor. Er fügt hinzu, dass bisher die zweitstärkste Fraktion den Stellvertreter gestellt habe.

Da keine weiteren Wortmeldungen eingehen, formuliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss: KA/0041-26

Dem Kreistag wird empfohlen, als Stellvertreter von Kreisrat Ferdinand Geisberger, in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Christian Büchlmann zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

4. Fischer´s Wohltätigkeitsstiftung; Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates – Vorberatung - Vorlage: 2020/0196

Beschluss: KA/0042-26

Dem Kreistag wird empfohlen, die Neuwahl eines Verwaltungsratsmitglieds der Fischer´s Wohltätigkeitsstiftung in der Kreistagssitzung am 21.12.2020 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

5. Überplanmäßige Ausgaben 2020 für die Erstattung von Wahlkosten an die Gemeinden - Vorlage: 2020/0212

Beschluss: KA/0043-26

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 160.000 € werden bewilligt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



6. Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

7. Bekanntgaben und Anfragen

7.1. Verwaltung - Zum Antrag von KR Els (Freie Wähler) - Ermittlung finanz. Auswirkungen durch die Coronakrise im Haushalt

Der Vorsitzende verweist auf einen Antrag von Kreisrat Els (*Kreistagsfraktion Freie Wähler*) vom 12.10.2020 zur Ermittlung der bisherigen finanziellen Auswirkungen durch die Corona Krise auf den Haushalt 2020 und die Haushaltsplanung 2021. Er berichtet, dass hierzu eine Aufstellung für das Jahr 2020 von Frau Thaler (*Kämmerei*) vorbereitet wurde.

Er nennt die betroffenen Bereiche:

Schulträgeraufwand, ÖPNV, Wirtschaft/Tourismus, Sportförderung, Kultur, Presse, Sicherheit und Ordnung, Kommunalaufsicht, Screeningstellen, Hilfskrankenhaus, Katastrophenschutz, Gesundheitsdienst i.S. v. Nachverfolgung durch Contact Tracing Team (cTT), sonstige Gesundheitsdienstleistungen, Kinder- und Jugendhilfe, stationäre Jugendhilfe, Heilpädagogische Tagesstätte (HTP), Fahrdienst zur HTP, Förderleistung KiTa-Gebühren, Schulbegleitungen, komm. Jugendarbeit, Kinder- und Jugenderholung, Zuschüsse BLSV und KJR, Stütz- und Förderklasse, Baby-Sprechstunde.

Anschließend erläutert der Vorsitzende kurz folgende Kernzahlen:

Mehrbelastung:	knapp 7,0 Mio. €
davon Katastrophenfall:	ca. 5,7 Mio. €
davon Schutzkleidung:	ca. 4,37 Mio. €
davon Hilfskrankenhaus:	ca. 634.000 €

Der Vorsitzende merkt an, dass er mit einer Kompletterstattung des Hilfskrankenhauses rechne.

Schätzung Erstattung Freistaat Bayern: ca. - 4,5 Mio. €

nicht gedeckte Kosten: ca. 2,45 Mio. €

zzgl. Klinikum Lkr. ED: ca. 1,35 Mio. €

Gesamtbelastung für das Haushaltsjahr 2020 ca. 3,8 Mio. €

Der Vorsitzende berichtet weiter, dass man Einsparungen in einzelnen Haushaltsbereichen erreichen könne, z. B.:

- wegen der Pandemie ausfallende Veranstaltungen, Ehrungen, Messen,
- 3-monatige Wiederbesetzungssperre beim Personal,
- keine Stellenplanmehrung bzw. nur Nachbesetzungen, wenn unabdingbar notwendig.

Damit könne man Einsparungen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € vornehmen. Somit verbleibe wirtschaftlich gesehen ein Minus von ca. 2 Mio. €, wenn alles so eintreffe wie momentan kalkuliert.

Er merkt an, dass man dies auch noch für das Jahr 2021 darstellen werde und die komplette, ausführliche Darstellung auch an die Kreisräte/innen weitergegeben wird.

Kreisrat Els bedankt sich für die Vorabinformation und die Möglichkeit, sich dies nach Erhalt in Ruhe nochmals anschauen zu können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

7.2. Verwaltung - Zur Anfrage von KR Glaubitz (Bündnis 90/Die Grünen) zum Schulalltag, Ausstattung in Corona-Zeiten

Der Vorsitzende verweist auf eine Anfrage von Kreisrat Glaubitz (*Bündnis 90/Die Grünen*) vom 23.10.2020 zur Thematik: *Ausstattung und Betreuung der digitalen Systeme der Schulen, Praxis der Covid-19-Testungen in den Schulen, Handhabung in Flüchtlingsunterkünften.*

Er berichtet, dass man die Bereiche zwischenzeitlich geprüft und dargestellt habe, in denen der Landkreis aufgrund der Sachaufwandsträgerschaft auch zuständig sei. Dies gelte jedoch nicht für Einrichtungen, die in der Sachaufwandsträgerschaft der Städte und Gemeinden lägen oder für private Träger/Einrichtungen.

Er berichtet noch, dass der Landkreis vom Freistaat Bayern 3.500 FFP2-Masken erhalten habe, die man den Schulen zur Verfügung stellen könne. Die Verteilung erfolge über das Staatliche Schulamt.

Abschließend merkt **der Vorsitzende** an, dass man diese Anfrage somit beantwortet habe und dies auch noch schriftlich zur Verfügung gestellt werden wird.

7.3. Verwaltung - Information der Öffentlichkeit während der Corona Pandemie

Der Vorsitzende merkt an, dass zu dieser Thematik keine Anfrage vorliege, er das Gremium dazu aber ebenfalls informieren möchte. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit habe man im Zusammenhang mit der Corona Pandemie mehrere Videos und Postwurfsendungen erstellt.

Für die Videoproduktionen mitsamt deren Bewerbung und für die Postwurfsendungen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie hab man Mittel in Höhe von 6.731 Euro verwendet.

7.4. Verwaltung - Zur Anfrage von KRin Feckl - WLAN in Flüchtlingsunterkünften

Der Vorsitzende kommt auf eine Anfrage zur WLAN Ausstattung in Flüchtlingsunterkünften von Kreisrätin Feckl im Ausschuss für Bauen und Energie am 9.11.2020 zurück. Hier hatte sie speziell eine Anfrage zur Asylunterkunft in Forstern gestellt.

Er gibt bekannt:

“Das Grundstück von der Asylunterkunft „am Steinfeld 3, Forstern“ wurde von der Gemeinde Forstern an den Landkreis Erding verpachtet. Allerdings war das Grundstück nicht erschlossen. Die notwendige, geforderte Erschließung mit Wasser, Abwasser und Elektrizität erfolgte durch den Landkreis Erding.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Einrichtung von Internet ist in der jeweiligen Hausordnung der Asylunterkunft geregelt. Verpflichtend ist jedoch, dass ein Notruftelefon vorhanden ist. Die besagte Asylunterkunft in Forsten ist nicht mit einer Telekom-Leitung erschlossen, daher verfügt die Unterkunft demzufolge über ein Notruftelefon mit SIM-Karte.

Die Bewohner können sich jedoch einen LTE-Stick oder einen mobilen Router auf eigene Kosten besorgen und diesen mit einer SIM-Karte betreiben. Hier bestehen auch keine Einwände seitens des Landkreises Erding. In der Vergangenheit wurde ein mobiler Router über einen ehrenamtlichen Helfer in der Asylunterkunft betrieben, warum dieser Router abgebaut wurde, ist uns leider nicht bekannt.“

7.5. Anfrage KRin Dieckmann - Corona-Pandemie, COVID-Test und Impfzentrum

Kreisrätin Dieckmann merkt an, dass es immer wieder zu Neu- oder Umbelegungen bei den Flüchtlingsunterkünften komme und verweist auf die hohen Inzidenzwerte. Sie fragt bzw. möchte den Wunsch äußern, dass vor einer Verlegung/Belegung ein COVID-19 Test durchgeführt werden sollte. Bisher wurden noch keine Tests durchgeführt.

Der Vorsitzende antwortet, dass man über Schnelltest verfüge die man hier sehr gut einsetzen könne. Darüber habe man vor kurzem in der Koordinierungsgruppe gesprochen und dies auch befürwortet. Er bittet darum, dies gleich nochmal an die neue Abteilungsleiterin, Frau Andrea Wolf weiterzugeben. Er merkt an, dass diese nun die Abteilungsleitung für die Abteilung 5, Gesundheits- und Veterinärwesen, Verbraucherschutz übernommen habe. Er fügt hinzu, dass die Abteilung 2, Jugend und Soziales, welche bisher von Frau Wolf geleitet wurde, nun von Herrn Michael Hildenbrand geleitet wird.

Kreisrätin Dieckmann berichtet, dass in der Presse bereits über die Schaffung von Impfzentren berichtet wurde. Sie fragt, ob es im Landkreis Erding ebenfalls ein Impfzentrum geben wird und ob hier das Bayerische Rote Kreuz (BRK) involviert sei.

Der Vorsitzende antwortet, dass es selbstverständlich auch im Landkreis Erding ein Impfzentrum geben wird. Nach seinen Kenntnissen sei auch die, für die Kostenerstattung notwendige, Ausschreibung bereits veranlasst worden. Nach seinen Kenntnissen habe man schon Rückmeldungen vom BRK, Malteser und Johanniter erhalten. Geplant seien zwei Impfzentren, ein stationäres und ein mobiler Dienst, um die Altenheime sowie Betriebe schneller vor Ort testen zu können. Abschließend merkte er an, dass der Betrieb des Impfzentrums ab ca. Mitte Dezember geplant wäre.

Kreisrätin Stieglmeier berichtet, dass in Dorfen eine sogenannte Querdenker-Demo stattgefunden habe, bei der wohl keine Maskenpflicht bestanden habe. Sie fügt hinzu, dass die Gegendemonstranten Masken getragen hätten. Tatsächlich müsse man bis 200 Teilnehmer keine Maskenpflicht verordnen, die Landkreise bzw. Landratsämter würden dies aber



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

sehr unterschiedlich handhaben. In Freising habe man vor kurzem eine Maskenpflicht als Auflage eingesetzt. Sie merkt an, dass in Erding nun ebenfalls eine Demonstration angekündigt wurde und fragt, ob man die Maskenpflicht, auch aufgrund der veränderten Lage, jetzt auch noch auf Demonstrationen oder Kundgebungen ausweiten könne.

Herr Mader (*Kommunales, Sicherheit und Ordnung*) erklärt zur Maskenpflicht, dass es sich hier um stark frequentierte Plätze handeln müsse, bei denen permanent die Gefahr bestehe, dass der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann. Er berichtet, dass man sich in der Koordinierungsgruppe auch Gedanken gemacht habe, ob gewisse Plätze im Landkreis Erding definiert werden sollten. Auch habe man dazu mit der Polizei Rücksprache gehalten. Letztendlich hätten die Meinungen überwogen, dass man über keine solche Flächen im Landkreis verfüge bzw. dass, auch aufgrund der geschlossenen Freischankflächen bei den Gastronomen, genügend Platz zur Einhaltung des Mindestabstandes vorhanden sei.

Zur Thematik Versammlungen berichtet **Herr Mader**, dass bei jeder Versammlung eine fachliche Stellungnahme vom Fachbereich 53, Verbraucherschutz, eingeholt werden würde. Das Gesundheitsamt sei dabei auch beteiligt, da es um die Thematik Infektionsschutz gehe. Bei der genannten Versammlung sei jedoch gemäß Stellungnahme keine Maskenpflicht nötig gewesen. Er fügt hinzu, dass ab dem kommenden Tag die „Neunte Bayerische Infektionsschutz-Maßnahmenverordnung“ gelte, die nun auf die aktuelle Lage, somit die stärkeren Inzidenzwerte, eingehe. Somit könne es sein, dass man nun strenger vorgehen müsse.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Angelika Wackler
Verwaltungsfachkraft